

mitarbeiten 04/2010

Informationen der Stiftung MITARBEIT

Das Informationsangebot der Stiftung MITARBEIT im Internet: www.buergergesellschaft.de und www.mitarbeit.de G12970

Gespräch mit Prof. Dr. Thomas Leif zur Zukunft der Bürgerbeteiligung



Bürgerbeteiligung stärkt die Identifikation mit der Demokratie

Das »Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie« widmete sich in diesem Jahr der Zukunft der Bürgerbeteiligung. Zum Auftakt der Veranstaltung diskutierten die Politikwissenschaftler Thomas Leif und Roland Roth die Frage: »Bürgerbeteiligung: Mythos oder Motor der gesellschaftlichen Entwicklung?«. Im Gespräch äußert sich Prof. Dr. Thomas Leif zur Krise der Demokratie und über die Chancen von mehr Bürgerbeteiligung.

Welche Erwartungen verknüpfen Sie mit einer stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen?

Leif: Zunächst mal eine Vitalisierung der Demokratie und bessere Entscheidungen, die auch substantiell die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Ein Prozeß in dem nicht Wenige, die möglicherweise nicht legitimiert sind, politische Entscheidungen treffen, sondern diejenigen mehr an Entscheidungsprozessen, an Willens-

bildungsprozessen beteiligt werden, die nachher mit den Entscheidungen leben müssen.

Wo sehen Sie die Chancen für neue Beteiligungsmöglichkeiten?

Leif: Ich sehe sehr große Chancen in allen Politikfeldern. Wir erleben in letzter Zeit ja einen Wandel der Demokratie hin zur Lobbykratie: immer mehr relevante Entscheidungen werden aus dem Parlament ausgelagert und in Kommissionen, aber auch in Geheimgesprächen oder »Rotweindrunden« beschlossen. Im Grunde ist »mehr Beteiligung«,

mehr Demokratie die Gegenthese zu dieser Entwicklung. Beteiligungsformen aller Spielarten können ein Kontrastmittel sein, um eine stärkere Identifikation mit Demokratie zu ermöglichen.

Was sind die Gründe für die Vertrauenskrise der Demokratie?

Leif: Der Lobbyismus in seiner heutigen Form ist im Grunde eine Vertrauensvernichtungsmaschine für demokratische Prozesse. Informelle Macht, die nicht legitimiert ist, aber auf starker ökonomischer Potenz beruht, entscheidet über wichtige Projekte. Das führt dazu, dass in der Bevölkerung der Glaube an diejenigen schwindet, die eigentlich für diese Politikprozesse bestellt sind, die auch die Funktion haben, die Stimmung der Bevölkerung aufzugreifen und im Parlament zu repräsentieren und zu artikulieren. Ich glaube, diese Entparlamentarisierung des Parlaments führt dazu, dass wir beachtliche Nichtwählerpotenziale haben. Die Leute gehen immer weniger wählen, weil sie gar keine Erwartungshaltung mehr haben. Das ist ein langsames Aussterben der Wurzeln der Demokratie. Das Primat der Politik ist nicht mehr gewahrt, auch die personelle Auszehrung der repräsentativen Demokratie ist beachtlich. Mein Eindruck ist allerdings, dass auch viele Politiker/innen spüren: »Wir müssen etwas tun, um wieder Legitimation für Politik zu organisieren.«

Auf der anderen Seite haben wir auch eine Art Luxus-Demokratie, in der vielen völlig egal ist, was geschieht, solange ihre eigenen Interessen nicht direkt tangiert sind. Für mich ist demokratische Teilhabe, Beteiligung jedoch auch immer verbunden mit einem gewissen Aufforderungscharakter. Unser Problem ist, dass wir zu wenig Lernwerkstätten haben, dass zu wenig Menschen schon in frühester Zeit lernen, wie sie sich an



(Fortsetzung von Seite 1)

Bürgerbeteiligung stärkt die Identifikation ...

ganz unterschiedlichen Projekten und Orten einbringen können, wie sie auch mit Erfolgen und Niederlagen umgehen. Dazu kommt, dass es die heutige Mediengesellschaft mit ihrem Alarmismus sehr vielen Menschen ermöglicht, sich auf eine bequeme Rolle in der Empörungsdemokratie zurückzuziehen. Man regt sich auf über irgendwas und regt sich aber wieder ab. Aber man tut nichts dafür und zieht keine Konsequenzen. Also im Grunde ist die Verlängerung des Stammtisches als Ersatz für konkretes Handeln höchst problematisch.

Wie könnte dieses konkrete Handeln aussehen?

Leif: Das Wichtigste ist es meiner Ansicht nach, Beteiligungschancen zu organisieren, demokratische Lernorte zu hegen und zu pflegen. Ich bin ein großer Anhänger des »Community Organizing«-Ansatzes, weil ich davon überzeugt bin, dass es heute Impulsgeber braucht, Begleiter und auch »Chancenmanager«. Es gibt tatsächlich viele Menschen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas tun würden, aber überhaupt gar keine Erfahrung haben, wo und wie sie zu packen können. Man muss die Leute interessieren, ihnen klar machen, dass man politische Verantwortung nicht nur delegieren kann. Ich sehe in diesem »Community Organizing«-Ansatz die Chance, den Kern der Selbstbehauptung zu organisieren. Mit Sozialarbeiter/innen, mit intelligenten, strategiefähigen Leuten, die das Herz auf der richtigen Seite haben, die auch Ausdauer haben. Darin sehe ich die Möglichkeit, über Bildungsprozesse die Beteiligung wieder aufzuforsten, wieder aufzufrischen, zu animieren.

Welche Rolle spielen Kommunalpolitik und -verwaltung für eine Stärkung der Beteiligung in Deutschland?

Leif: Die Verwaltung pflegt eine vollkommen selbstbezogene Politik. Sie interessiert sich null für Beteiligung oder dafür, was Bürger/innen wirklich wollen. Sie macht ihren Job und für sie sind die Bürger/innen im Grunde lästig. Das führt natürlich dazu, dass der Rückzug bequem ist. Wir müssen wieder dazu kommen, dass es eine stärkere Konfliktherausforderung der Verwaltung gibt und

die Verwaltung nicht für sich selbst da ist, sondern für die Bürger/innen. Und da gibt es zu wenig kritische Kerne in der Gesellschaft, die auch diese Beteiligungsforderung stellen. Das liegt daran, dass Beteiligung ein großer Mythos ist. Wir haben keine beteiligungsorientierte Gesellschaft, sondern wir haben im Gegenteil vielfach eine sehr privatistische, zurückgezogene und passive Gesellschaft.

Wenn wir den Blick nach vorn richten: Wo liegt die Zukunft der Bürgerbeteiligung?

Leif: Es gibt keinen Grund, die Flinte ins Korn zu werfen, man darf nicht verzagen. Beteiligung hat es häufig schwer, weil sie quer zu dem geltenden Machtkomplex läuft. Bei einem Mehr an Beteiligung müssen Menschen Macht abgeben, das ist die Summe von allem. Ich glaube, noch ist es schwer, aber in zehn Jahren werden nur die Politiker/innen führende Positionen einnehmen können, die quasi ein Management der Vielfalt demokratischer Strömung organisieren können.

Zur Person

Prof. Dr. Thomas Leif

ist Politikwissenschaftler und Chefreporter beim SWR-Fernsehen in Mainz. Als Journalist und Autor arbeitet er zu den Themen Partizipation, Demokratieentwicklung und Lobbyismus. Er ist Vorsitzender des Netzwerks Recherche (www.netzwerkrecherche.de) und Mitherausgeber des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen, seit 2009 Honorarprofessor an der Universität Koblenz-Landau. Lesetipp: angepasst & ausgebrannt. Politik in der Nachwuchsfalle. München 2009

Das heißt, sie werden nicht mehr dafür belohnt, wenn sie Patriarchen ihrer Parteien sind und die Macht unter sich verteilen. Sondern sie werden Anerkennung kriegen und auch Machtressourcen, wenn sie das, was in der Bevölkerung, in der Bürgerschaft ist, bündeln, integrieren, zusammenführen und zu guten Lösungen bringen.

Video-Ausschnitte des Gesprächs mit Thomas Leif finden Sie unter www.mitarbeit.de/videos.html



Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie: Prof. Dr. Roland Roth (Hochschule Magdeburg-Stendal) und Dr. Brigitte Reiser (Beratung für Non-Profits, Stuttgart) diskutierten über Zukunftsstrategien der Bürgerbeteiligung. 125 Teilnehmer/innen aus Bürgergesellschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft nahmen im September 2010 am Forum teil und berieten über »Die Zukunft der Bürgerbeteiligung: Herausforderungen, Trends, Methoden.« Weitere Informationen hierzu, Bilder, Präsentationen und Video-Gespräche mit Referent/innen der Tagung finden Sie unter www.mitarbeit.de/forum2010.html

Cultures interactive: Empowerment für Vielfalt

Wie lassen sich Jugendliche für politische Themen interessieren? Was motiviert zur demokratischen Beteiligung im direkten Umfeld? Wie lässt sich intoleranten, Gewalt befürwortenden, fremdenfeindlichen und antisemitischen Haltungen entgegenwirken? Für die Aktivist/innen des Vereins cultures interactive (CI) steht die Antwort fest: sie nutzen urbane Jugendkulturen als Mittel der politischen Bildung und der zivilgesellschaftlichen Prävention gegen politische und religiöse Radikalisierung.

Seit der Gründung im Jahr 2005 beschäftigt die Frage nach jugendgerechten Formen der Bildungsarbeit die Mitglieder und Mitarbeiter/innen des Vereins. »Es gibt Jugendliche, die nie über theoretische Zugänge und die konventionellen Ansätze politischer Jugendbildung erreicht werden können. Wir wollen aber auch die erreichen, die sonst nicht zu Seminaren kommen. Deshalb integrieren wir jugendkulturelle Angebote in unsere Arbeit und verbinden Inhalte mit praktischem Tun«, sagt Silke Baer, seit Jahren in Projekten gegen Rechtsextremismus aktiv und eine der Projektleiterinnen des Vereins.

Zum Team von cultures interactive gehören neben Politik- und Sozialwissenschaftler/innen oder Pädagog/innen auch szenekundige DJs, Rapper/innen, Graffiti- und Comic-Künstler/innen. Mit jugendgerechten Workshops stärkt der vorwiegend in ostdeutschen Kommunen aktive Verein die demokratischen Handlungskompetenzen und zeigt neue Möglichkeiten der sozialen und politischen Partizipation. Dabei vermitteln sich junge Menschen wechselseitig Grundsätze der Gleichberechtigung der Geschlechter, Ethnien und Religionen und des gewaltfreien Miteinanders.

»KulturRäume 2010« beispielsweise ist ein Modellprojekt zur Unterstützung jugendkultureller Vielfalt gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung, Ausgrenzung und Abwanderung. Es wird in den vier Schwerpunktregionen Weimarer Land, Landkreis Parchim, Jerichower Land und Sächsische Schweiz realisiert. Cultures interactive kooperiert dabei mit Schulen und Jugendklubs, engagierten Erwachsenen, Initiativen und Vereinen, Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen sowie lokalen Akteuren aus Politik und Wirtschaft. Das Projekt umfasst Aktionstage an Schulen oder den Aufbau eines lokalen Demokratie-Netzwerks.

Seit Projektbeginn im Jahr 2007 haben mehrere hundert Jugendliche an dem Projekt mitgewirkt, einige von ihnen haben sich zu Jugendgruppen zusammengeschlossen, um sich vor Ort für ein jugendkulturell attraktives Umfeld und gegen rechtsextreme Alltagskultur einzusetzen. »Jugendliche sollen erleben, welche vielfältigen Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und Teilhabe nicht-rechte Jugendkulturen und Jugendinitiativen bieten«, so Baer.

Mehr Informationen im Netz: www.cultures-interactive.de

Online-Dialog EngagementZweiNull.de

Bürger/innen diskutieren die nationale Engagementstrategie

Die Bundesregierung hat Anfang Oktober 2010 ihre nationale Engagementstrategie der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und demokratische Teilhabe zu verbessern. Jetzt sind die Bürgerinnen und Bürger gefragt, die weitere Ausgestaltung der Strategie mitzubestimmen: Auf der Dialog-Plattform www.engagementzweinull.de besteht noch bis zum 17. Dezember die Möglichkeit, sich über den Beschluss zu informieren und die einzelnen Vorhaben der Engagementstrategie zu kommentieren und zu diskutieren.

Klar ist: bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Ressource für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit der nationalen Engagementstrategie will die Bundesregierung deshalb deutlich machen, dass sie die Schaffung, Gestaltung und Verstärkung engagementfördernder Strukturen als wichtige politische Aufgabe ansieht. Dazu gehört neben den engagementpolitischen Grundsatzfragen vor allem auch die Förderung des

bürgerschaftlichen Engagements vor Ort. Doch auf welchem Weg lassen sich die formulierten Ziele am besten erreichen? Wie lassen sich die Vorhaben konkret umsetzen? Welche Themen verdienen mehr Aufmerksamkeit? Welche Themen sind in der Engagementstrategie bis jetzt noch nicht angesprochen?

In verschiedenen öffentlichen Dialogforen haben Expertinnen und Experten aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft seit Frühjahr

2009 über die Grundzüge einer nationalen Engagementstrategie diskutiert und gestritten. Nun soll die Online-Diskussion zur nationalen Engagementstrategie dazu beitragen, diese Fragen im Dialog mit den Bürger/innen zu beantworten. Im Rahmen der Website ist der Kabinettsbeschluss der Bundesregierung so aufbereitet, dass alle Interessierten die Möglichkeit haben, einzelne Ziele und Vorhaben des Beschlusses zu kommentieren, zu bewerten und zu ergänzen. Die Meinungen und Ideen der Bürger/innen fließen dann in die weitere Ausformulierung der nationalen Engagementstrategie ein.

Der Online-Dialog ist ein gemeinsames Projekt der Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), der Stiftung MITARBEIT und der Stiftung Bürgermut.

Ausführliche Informationen zum Online-Dialog gibt es im Netz unter www.engagementzweinull.de

Bestellseminare der Stiftung MITARBEIT

Neben den allgemein ausgeschriebenen Seminaren bietet die Stiftung MITARBEIT auch im Jahr 2011 sog. »Bestellseminare« an. Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Initiativgruppen, die sich als Gruppe oder gemeinsam mit anderen Initiativen derselben Region oder desselben Handlungsfelds weiterqualifizieren wollen, können ein entsprechendes Tages- oder Wochenendseminar bestellen. Das Seminar wird speziell auf den jeweiligen Bedarf zugeschnitten und individuell abgestimmt auf die Ziele, Ideen, Interessen und Bedürfnisse der jeweiligen Gruppe.

Ein mögliches Thema sind beispielsweise Methoden der Bürgerbeteiligung. Inzwischen stehen eine Fülle von Methoden zur Verfügung, die die Beteiligung vieler ermöglichen. Egal ob Zukunftswerkstatt und Zukunftskonferenz, Open-Space, Planungszelle oder

Planning for Real: Die Stiftung berät in methodischen Fragen und konzipiert ein passgenaues Seminar. Weitere Themen sind u.a. das professionelle Teilnehmendenmanagement in der Kommune, Fragen der Freiwilligenkoordination, Instrumente der Konfliktmoderation und des Konfliktmanagements oder Fundraisingstrategien. Die Stiftung bietet zu den verschiedenen Themen sowohl ganze Seminare als auch einzelne Bausteine oder Elemente an. Darüberhinaus können Interessierte anfragen, wenn sie auf der Suche nach Moderator/innen oder Referent/innen, nach einer Organisationsberatung oder Prozessbegleitung zu den Themen Engagement und Bürgerbeteiligung sind.

Mehr Informationen zu den Bestellseminaren der Stiftung MITARBEIT gibt es im Netz unter www.mitarbeit.de/bestellseminare.html



Wie gestalten Freiwilligenagenturen Entwicklungen im bürgerschaftlichen Engagement mit? Diese Frage stand im Zentrum der diesjährigen bundesweiten Fachtagung der Stiftung MITARBEIT und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa). In der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 Essen diskutierten Anfang November 230 Teilnehmer/innen aus Freiwilligenagenturen, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Kommunen, wie Freiwilligenagenturen eine Kultur des Wandels gestalten können. Im Rahmen der Tagung wurden zudem acht Freiwilligenagenturen für ihre beispielhafte und innovative Arbeit zum Thema »freiwilligenagentur - kultur« mit dem Innovationspreis der bagfa ausgezeichnet. Die drei mit 2.000 Euro dotierten Hauptpreise gingen an Freiwilligenagenturen aus Darmstadt, Frankfurt am Main und Köln. Ausführliche Informationen, Texte und Materialien zur Tagung stehen im Netz bereit unter: www.mitarbeit.de/fw2010.html

Stiftung MITARBEIT

Ausgezeichnete Qualität

In den vergangenen eineinhalb Jahren hat die Stiftung MITARBEIT ihre Arbeit auf der Grundlage des Qualitätsentwicklungsverfahrens »Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung (LQW)« (www.artset-lqw.de) reflektiert und weiterentwickelt. Abläufe und Verfahren der Organisation wurden geprüft und verbessert sowie ein fundiertes Qualitätsmanagementsystem etabliert. Mit der erfolgreich abgeschlossenen Testierung im Oktober 2010 ist die Stiftung MITARBEIT ab sofort berechtigt, ein zertifiziertes Qualitätssiegel zu führen.

Nähere Informationen zur LQW bei Dr. Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de)

Stiftung MITARBEIT

Helfen Sie mit.

Ihre Spende kommt direkt unserem Engagement für die Bürgergesellschaft und die Initiativlandschaft zugute.

Spendenkonto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg, BLZ: 380 601 86
Kto: 20 10 54 00 14

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel,
Dr. Henning von Vieregge

Vorsitzende des Stiftungsrates:
Birgit Moos-Hofius

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.